

Tribüne

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **55 (1968)**

Heft 4: **Mehrfache Nutzung**

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fragment

Feste druff?

«Nur immer feste druff!» soll der oberste Polizeioffizier von Bremen zu seinen Mannen gesagt haben, bevor sie die Schülerdemonstration gegen die Erhöhung der Fahrtaxen auf dem öffentlichen Verkehrsmittel «auflösten» (wie es in der Fachsprache heißt).

«Nur immer feste druff!» – wo hat man das nicht schon gehört? – Nein, ausnahmsweise nicht da, wo man es zunächst vermutet; da haben es vermutlich auch einige gesagt, bevor sie ihre entmenschten Horden losließen, aber klassisch geworden ist der Satz doch anderswo.

Es war zu den herrlichen Zeiten, denen der Kaiser sein Volk entgegenführte oder wenigstens seine Offiziere. Mit dazu gehörten Manöver im besetzten Elsaß; ein besonderes Erlebnis für einen preußischen Fahnenjunker, der in seinem Leben noch nicht viel Wein getrunken hatte. So kam es, daß einem bei einer elsässischen Herrschaft einquartierten Offizierssäugling des Nachts etwas passierte, was vermutlich mit einem auf dem Nachttisch deponierten Trinkgeld und einem freundlichen Wort aus der Welt geschafft gewesen wäre. Da aber beides ausblieb, merkte sich das Zimmermädchen den jungen Beinahe-Herrn, und als er einige Wochen später die Kirchweih von Zabern besuchte, war die Sache unter den jungen Elsässern bekannt.

Wo der Fahnenjunker erschien, da erschallten Zurufe, die kaum mehr zu überhören waren; er bekam ein rotes Köpfchen, holte Verstärkung, und schließlich blitzte die Ultima ratio der fehlgeleiteten Gehirne: der Degen. Die Vorgesetzten, aus gleicher Schule und deshalb wenig klüger, wollten ein Exempel statuieren – nicht etwa am Fahnenjunker, sondern an den jungen Leuten von Zabern; man kavelte um Vollmacht nach Berlin, und zurück kam das berühmte Telegramm des Kronprinzen: «Nur immer feste druff!» Nun konnte man also den historischen Spruch nochmals hören; diesmal ging es aber nicht um verlorene oder nie dagewesene Offiziersehre, sondern um das Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit der Straßenbahn am Beispiel von Bremen. Nach orthodoxer Lehre darf der private Verkehr zwar kostenlos auf der öffentlich finanzierten Stadtstraße fahren, der öffentliche Verkehr aber muß seine Kosten privatwirtschaftlich verrechnen. Glückliches Zürich, wo die Bürger diese Lektion noch ohne Polizeiknüppel glauben!

L. B.

Tribüne

Was wird aus «Ulm»?

Die Hochschule für Gestaltung in Ulm ist in Gefahr

«Eines der schamlosesten Killingmanöver in der Bundesrepublik ...» – in dem Ton, der für fortschrittliche deutsche Studenten heute zur Pflichtübung geworden ist, protestiert die Studentenschaft der Hochschule für Gestaltung gegen den drohenden Zusammenschluß ihrer Schule mit der Ingenieurschule Ulm und ruft die «internationale Öffentlichkeit» dazu auf, mitzuprotestieren. Wir geben gerne diesen Aufrufen Raum, sind doch die Studenten der Hochschule vor allem die Leidtragenden und die Betroffenen bei dem vorhersehbaren Ende einer Entwicklung, das die Leitung der Schule zumindest mitverschuldet hat. Mit dem Wort Leitung fassen wir zwei Organe zusammen, die allzu lange zwar nicht durch Personalunion, so doch durch Konnuptialunion verbunden waren: während Inge Aicher-Scholl ihren Sitz in der «Geschwister-Scholl-Stiftung» hatte, die die Schule trug und finanzierte, gehörte Otl Aicher jahrelang entweder als Rektor oder als Rektoratsmitglied der Exekutive der Schule an. Dieses Gespann, dem Verdienste an der Gründung und den ersten Impulsen der Schule nicht abzusprechen sind, erwies sich in den zehn letzten Jahren als erfolgreich vor allem bei der Erhaltung des familienpolitischen und damit auch des schulpolitischen Status quo. Es muß heute den übrigen Mitgliedern des Kuratoriums der «Geschwister-Scholl-Stiftung» zum Vorwurf gemacht werden, daß sie die Position der Aichers allzu lange gedeckt haben und es stets duldeten, wenn Dozenten entlassen oder weggeekelt wurden, welche sich zu – gutmeinenden und konstruktiven – Kritikern am Lehrplan zu entwickeln drohten. Wir nennen hier anstelle vieler Namen jenen des amerikanischen Perzeptionisten Prof. Perrine.

Protestierende Studenten sind heute Mode. Deshalb schickt die Leitung von Ulm ihre Studenten ins Feuer. Aber nicht die Studenten haben die bevorstehende Abhängigkeit zu fürchten: man hat seit 1963 mit ihnen gemacht, was man wollte. Vielmehr fürchten die Dozenten, daß sie nicht mehr frei sein werden, den Unterricht nach Belieben ausfallen zu lassen und auf ihren sogenannten Instituten Aufträge auszuführen, die sie mit dem guten Namen der Schule akquiriert haben. Wenn sich in letzter Zeit die Meinung verbreitet hatte, in Ulm sei nun

Ruhe eingekehrt und die Querelen einer unruhigen Intelligenz seien beendet, so daß dem Erfolg der Schule nun nichts mehr im Wege stehe, so hieß das in Tat und Wahrheit nur, daß eine wohletablierte Leitung alle belebenden Einflüsse ausgeschaltet hatte und sich nun ruhig der Routine hingeben konnte.

Aber ungeachtet der Vorgänge hinter den Kulissen und trotz oder wegen mancher Unzulänglichkeiten der Schule ist im Laufe von zehn Jahren eine Generation von HfG-Absolventen entstanden, die sich an mancherlei Positionen bewähren. Das in Ulm erworbene Denken und Wissen befähigt zur Bewältigung interdisziplinärer Aufgaben; und so stößt man trotz ihrer relativ geringen Zahl an wichtigen Stellen hie und da auf einen Ümling. Deshalb plädieren wir zwar für einen Wechsel in der Leitung und im Lehrkörper, schließen uns aber voll und ganz den Forderungen der Studenten an: nur darf ein allfälliger Erfolg ihrer Proteste nicht einfach in den Schoß der bisherigen Leitung fallen. L. B.

Feststellungen zu Sachen HfG

(dies sind Meinungen von Mitgliedern der HfG; es könnte die Meinung von allen sein)

Am 19. Februar 1968 wird den Mitgliedern der Hochschule für Gestaltung Ulm berichtet, daß ihre Arbeitsverträge zum 30. September 1968 gekündigt werden. An diesem Tage im September wird sich auch die Geschwister-Scholl-Stiftung als die juristische und finanzielle Trägerin der HfG auflösen.

Die Mitglieder des obersten Verwaltungsgremiums der GSS sehen sich nicht in der Lage, den Betrieb der HfG weiter zu gewährleisten, nachdem einerseits die Verschuldung der GSS (und nicht der HfG; das sind zwei verschiedene Dinge) auf etwa 30% des geschätzten Eigenkapitals in Form von Grundstück- und Sachwerten angewachsen ist und andererseits weder Bundesregierung noch Landesregierung noch sonst jemand Wege erspähen konnte, zusätzlich zum Standardetat der HfG jährlich 300000 DM aufzubringen. Es fehlt an 75000 Dollar.

Die Gründe für Kündigung und Auflösung sind also finanzieller Art. Nun ist es aber eine wohlbekannte Tatsache, daß finanzielle Gründe nie ausschließlich im Finanziellen gründen. Da spielt noch anderes mit hinein, und zwar naheliegenderweise Politisches. Die Sparsamkeit, mit der hier um Kleinstbeträge gefeilscht wurde, fiel nicht nur im Ausland auf. Über einige entscheidungsträchtige Würdenträger wird die Äußerung berichtet, daß ihnen eben «die ganze Richtung nicht paßt» und daß «man die HfG in den Griff bekommen müßte». Wahrlich klare Meinungen und Wünsche, die dazu ver-

Bauhaus Weimar Exodus 1

Hochschule für Gestaltung Ulm Exodus 2

Schon zu Beginn der damaligen »Systemzeit« wurde den Mitgliedern des Bauhauses in Weimar das Leben erschwert und schließlich unmöglich gemacht. Sie zogen eine Konsequenz: Sie zogen aus.

Sie fanden eine neue Bleibe in Dessau, wo sie unter besseren Umweltbedingungen ihre Arbeit fortsetzen konnten.

Die HfG steht heute vor einer ähnlichen Alternative wie die Bauhäuser. Den an der HfG Arbeitenden wird am Montag, 19. Februar 1968 unterbreitet, daß eine Kündigung der Arbeitsverhältnisse zum 30. September 1968 stattfinden wird. Sie müssen (und dürfen) sich also nach einem neuen Betätigungsfeld umsehen. Denn als was auch die Operationen zur Weiterführung der HfG deklariert werden – als Sanierung, Rettung, Konsolidierung, Verschmelzung in einen Dachverband mit einer anderen Institution – und was auch die Details solcher Pläne sein mögen, eines steht fest:

Von der HfG bleibt, wenn überhaupt, allenfalls der Name übrig und eine Erinnerung an bessere Zeiten. Sonst nichts.

Deshalb sucht eine Gruppe von Mitgliedern der Hochschule für Gestaltung Ulm eine neue Möglichkeit zu arbeiten, und zwar in einem Klima, das ihnen gestattet, nicht nur zu überleben nach

fremden Vorstellungen, sondern zu leben nach eigenen Gedanken.

Sie bringen einige Ideen und Erfahrungen mit aus einer Institution, die einmal als eine der besten und fortschrittlichsten Designhochschulen der Welt bezeichnet wurde. Sie möchten Produkte entwerfen, Filme machen, visuelle Kommunikation betreiben, Architektur planen, Theorien entwickeln, eine Designwissenschaft vorbereiten.

Zu fragen ist:

welche Person,
welche Institution,
welches Unternehmen,
welche Stadt,
welches Land,
welcher Staat

bietet dieser Gruppe einen Aufenthalt, um produktiv tätig sein zu können und fortzusetzen, was so vielversprechend begann?

Bitte wenden Sie sich an die Gruppe
»HfG-Idee«, Hochschule für Gestaltung, 79 Ulm,
am Hochsträß

16. Februar 1968

Gruppe »HfG-Idee«
Studentenselbstverwaltung

Einmaliges Angebot

Unternehmen mit langjähriger Erfahrung im Bereich der Umweltgestaltung (Produktdesign, Architektur, Visuelle Kommunikation) bietet Möglichkeit zu risikoreicher Kapitalanlage.

Geboten werden:

International anerkannte Leistungen und lädierter nationaler Ruf.

Kritischer Rationalismus.

Noch gut erhaltene Gebäude in idyllischer Lage (Schätzwert 4,5 Mio.)

Eine erkleckliche Zahl konservativer Widersacher.

Nette Werkstätten, Wohn- und Arbeitsräume.

Produktives Arbeitsklima (bis auf weiteres).

Neue vollautomatische Ölheizung.

Reiche Parkmöglichkeiten.

Insgesamt eine Belegschaft von 200 Leuten.

Gut eingearbeitete Dozenten, Studenten und Mitarbeiter.

1,5 Mio. unverschuldete Schulden.

Gesucht werden:

Leute, die ein Interesse daran haben, daß dieses Unternehmen sich weiterhin unabhängig von politischen Pressionen entwickeln kann, und die bereit sind, jährlich 1,5 Mio. zu investieren.

Nur wirklich ernstgemeinte Angebote sind zu richten an:
Studentenselbstverwaltung
Hochschule für Gestaltung, 79 Ulm, Postfach 362,
Oberer Kuhberg.

Diskretion wird zugesichert.

Mordanzeige

Ermordet wird die HfG.

Eines der schamlosesten Killingmanöver in der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Baden-Württemberg ist nun ans schlechte Ende gekommen:

Eine der progressivsten Einrichtungen, die nach dem 2. Weltkrieg in Europa gegründet worden ist, wird nun im Gehege lokalpolitischer Interessen verramscht.

Sicher, die HfG ist nie in diesem Lande heimisch geworden. Wie sollte sie das auch in einem System, dessen Herrschende einen Mord – und das ist Abschaffung von Existenz – als Erhaltung von Existenz öffentlich verkünden, die also eine Mordaktion als Rettungsaktion hinstellen.

Was ist das für ein herrliches Land, dessen Herrschende die neue (oder ist es die alte?) Sprachregelung schon so weit getrieben haben, daß Akte brutaler Vernechtung als Akte der Freiheit gefeiert werden – dessen Herrschende eine Hochschulverfassung, somit das Amt des gewählten Rektors einer Hochschule samt Rechten der Dozenten und Studenten liquidieren und gleichzeitig die Stirne haben zu behaupten, Name, Autonomie und Verfassung der HfG sollten erhalten bleiben?

Soll die Öffentlichkeit auf solche Kunststücke konservativer Rhetorik hereinfliegen? Was ist das für ein wüstes Gaukelspiel? Was soll da verheimlicht werden?

Verheimlicht werden soll ein kulturpolitischer Skandal. Denn was ist des Bürgertums hervorstechendste Eigenschaft? Die Feigheit und die Angst vor der öffentlichen Kritik. Und was ist des Bürgertums liebstes Kind? Der Schein, das Abzeichen, der Orden der Kultur. Und was ist des Bürgertums Schrecken? Eine wirkliche, eine tätige Kultur.

Was soll also den Zugriff der sanften Krallen des Systems überleben? Der Schein der HfG, eine leere Namenshülle, ein Stück Dekor.

Darin waren die Nazis folgerichtiger. Sie schafften mit der Sache (dem Bauhaus) auch deren Namen ab. Denn nicht die Nazis waren es, die das Bauhaus seinerzeit umbrachten. Diese Ehre steht anderen Kräften, staaterhaltenden Kräften zu. Und genauso ist es heute.

Dagegen protestieren wir.
Wir protestieren gegen die Verschleierungstaktiken, eine Sache nicht bei ihrem Namen genannt wissen zu wollen.
Wir protestieren gegen die Abschaffung der Hochschulverfassung.
Wir protestieren gegen die Annektion der HfG durch eine andere Institution.
Wir protestieren gegen die Scheinheiligkeit offizieller »Argumente«.

Wir protestieren gegen das Vorgehen der Mitglieder des Stiftungsrats der Geschwister-Scholl-Stiftung.
Wir protestieren gegen den Mord an der HfG.
Wir rufen die internationale Öffentlichkeit auf, mit uns dagegen zu protestieren.
Wir rufen Mitglieder der Massenmedien auf, das Vorgehen der Verantwortlichen zu demaskieren als das, was es ist:
Ein kulturpolitischer Skandal, ein politischer Mord.

Wir protestieren gegen die Abschaffung der Hochschulverfassung.
Wir protestieren gegen die Annektion der HfG durch eine andere Institution.
Wir protestieren gegen die Scheinheiligkeit offizieller »Argumente«.

Wir protestieren gegen das Vorgehen der Mitglieder des Stiftungsrats der Geschwister-Scholl-Stiftung.

Wir protestieren gegen den Mord an der HfG.

Wir rufen die internationale Öffentlichkeit auf, mit uns dagegen zu protestieren.

Wir rufen Mitglieder der Massenmedien auf, das Vorgehen der Verantwortlichen zu demaskieren als das, was es ist:
Ein kulturpolitischer Skandal, ein politischer Mord.

Ulm, 17. Februar 1968, 14 Jahre nach der Gründung der Hochschule für Gestaltung, 25 Jahre nach der Ermordung der Geschwister Scholl.

Studentenschaft – Studentenvertreter

anlassen, alle Sanierungs-, Rettungs- und Konsolidierungsmaßnahmen, soweit sie von außen kommen, mit starken Vorbehalten zu betrachten. Den Versicherungen, daß alles ja beim alten bleibe, daß die Autonomie der HfG nicht angetastet werde, daß die HfG unter staatlicher Obhut goldenen Zeiten entgegengehe, mögen nicht mehr die Zweifel zu beheben, daß an entscheidender Stelle die Entscheidungen bereits gefallen sind. Darüber hinaus darf die landläufige Meinung recht haben, daß es heutzutage einer Institution sichtlich nicht mehr zum Vorteil gereicht, zur Erinnerung an die revolutionäre Tat zweier dafür vom faschistischen Regime ermordeten Studenten gegründet worden zu sein. Die HfG hat eine ganze Menge Widersacher, deren Argumentation sich nie auf das Fachliche bezieht, sondern die sich auf Pauschalverurteilungen beschränkt etwa derart, daß sie keine gemeinschaftsbildende Kraft entwickelt habe, daß sie esoterisch, krisengeplagt, snobistisch, querelengeschüttelt, langbärtig, spleenig, kommunistenfreundlich, superwissenschaftlich, doktrinär, klösterlich und was noch immer sei – kurz, ein Ausbund bürgerlicher Untugenden. Zu diesem gemanagten Image mag es nun gar nicht passen, daß die HfG respektable Leistungen erbracht hat (und

Absolventenzahlen sind kein Kriterium) sowie sich einen sehr guten internationalen Ruf verschafft hat. Schließlich kamen 50% der Studenten aus dem Ausland. Beides mochte einen weiteren Grund zum Ärger abgeben.

Gutgemeinte Anerbieten, die HfG zu »retten«, und wohlodosierte Ratschläge, sich doch ja nicht aufs hohe Roß zu setzen, durchkreuzen sich selbst; denn im Hintergrund steht die drohende Alternative: »Vogel friß oder stirb!« Nicht die gesamte HfG wird fressen. Da wird freie Entscheidung zu reiner Farce, wo Geldgeber und Pressure Groups am längeren Hebel sitzen.

Mitglieder der HfG geben hier unmißverständlich zu erkennen, daß sie unter gar keinen Umständen bereit sind, die zum Teil schon in der Öffentlichkeit diskutierten Vorschläge zu akzeptieren, die darauf hinauslaufen, die freie demokratische Hochschulverfassung dieser Institution zu unterminieren. Für andere Institutionen des Ausbildungswesens mögen Direktorialverfassungen brauchbar und zweckentsprechend sein. Solche Verfassungen aber – auf die HfG angewendet – garantieren nicht deren Weiterbestand, sondern nur eines, ihr Ende.

Gruppe »HfG-Idee«
Studentenselbstverwaltung

Gedanken zum «Ende des Kirchenbaus»

Der Artikel in der WERK-Tribüne (WERK 12, 1967, S. 815ff.) fegt wie ein frischer Wind gleichsam alles Überkommene weg. Er ist eine Revolte, eine typisch zürcherische Revolte, gegen einen Aufwand, der im Zürcher Kirchenbau getrieben wird. Er ist aber noch mehr, nämlich eine Auseinandersetzung nicht nur mit dem Kirchenbau, sondern mit der «gelebten Kirche der Zukunft», die Voraussetzung ist für neue Wege im Kirchenbau. Wir dürfen also bei der Beschäftigung mit dem Artikel nicht beim Baulichen stehenbleiben, sondern müssen im Gegenteil uns primär zu den Gedanken der Kirche von morgen äußern. Deshalb möchte ich zunächst *dazu* etwas sagen, um dann erst auf die Baufragen zu kommen.

So sehr ich im großen ganzen die Äußerungen der Verfasser teile, so glaube ich doch, daß ein großer Fehlschluß vorliegt, wenn man versucht, die Kirche – wie es heißt – restlos in den Alltag zu integrieren; sie soll inner- und außerhalb stehen. Die Absicht, die Kirche mit Anpassungsfähigkeit, Mobilität und Dynamik gewissermaßen aufzuladen, um dadurch so viele Kontaktpunkte wie immer möglich zu schaffen, ist an sich richtig, doch darf anderes darob nicht einfach vernachlässigt werden. Die Kirchengemeinde ist nicht mit irgendeinem Verein vergleichbar, der dank seiner spezifizierten Aktivität an Attraktivität gewinnt. Die Kirche nur mit den Mitteln dieser Welt wirken zu lassen, ist deshalb fragwürdig. Der Artikel fordert eine Kirche, die sich nicht in einen «sakralen Bezirk» verschanzt, damit sie auf eine problemlose Art dort anwesend ist, wo man sie braucht. Ich glaube, daß eben dieser sakrale Bezirk einem Bedürfnis des Menschen entspricht. Gebt doch dem Menschen in der Kirche einfach etwas anderes als den Alltag; laßt ihn doch einmal aus der Hektik, aus der Betriebsamkeit, die ihn heute auf Schritt und Tritt verfolgt, der er sich nicht mehr entziehen kann, heraustreten in die Ruhe, in die Besinnung auf sich selbst, auf seine Existenz, gebt ihm das Bewußtsein seiner transzendentalen Abhängigkeit zurück!

Im Wirken der Kirche soll deshalb der Bereich der Stille, Erholung, Besinnung, Entspannung, Erfüllung in Freizeit, Ferien in Anführungszeichen, Gespräch, einen dominierenden Platz behalten.

Im Artikel heißt es weiter, das einzige Bleibende an unserer Situation sei die ständige Veränderung. Aber ist die Kirche nicht just die Insel der Ruhe, der statische Pol? Nichts verändert sich in unserer christlichen Beziehung zum Mitmenschen, in unserer Liebe zu Gott und in seiner Liebe zu uns!

Dies bedeutet meiner Meinung nach für das bauliche Gesicht des Gemeindezentrums nach wie vor eine Zweiteilung, nämlich einerseits gewiß ein absolut veränderungsfähiges und mobiles Gebilde – ich bin ebenfalls Gegner eines festgefahrenen Programms –, andererseits aber doch den Kirchenraum, der zu nichts anderem dient als zur Besinnung des Einzelnen und der Gemeinschaft. Damit stelle ich mich völlig in Gegensatz zu der im Artikel vertretenen Auffassung, wonach es keinen Unterschied zwischen sakralem und profanem Bezirk geben soll. Ich glaube nicht daran, daß «mobile Sammlungsräume den verschiedenen Gottesdienstformen und Andachten besser dienen» als ein ausgesprochener Kultraum. Das haben wir schon erlebt und überlebt. Wir bauen auch keine Schlafzimmer zum dauernden Aufenthalt der Familie, ebensowenig werden Werkhallen gebaut, damit darin getanzt wird. Manche Räume können zwar mehrere Funktionen erfüllen, aber immer werden es verwandte Funktionen sein. Für den Andachtsraum, den Kultraum gibt es jedoch keine verwandte Funktion, also soll er kein Mehrzweckraum sein. Und immer soll die architektonische Gestaltung eines Raumes dazu beitragen, daß er seiner Funktion möglichst gerecht wird. Dies gilt in hohem Maße für den Kirchenraum; warum soll man diese Hilfe der Architektur nicht voll und ganz in Anspruch nehmen? Wenn also die Kirche Dienerin aller sein soll, so muß sie auch den Ort der Stille bieten.

Aber nun besteht doch ein Unterschied gegenüber dem Überkommenen, indem der Kultraum nicht mehr «das alleinige und hervorragendste Zentrum» der Gemeinschaft sein kann. Er ist nur ein Teil, gleichgestellt mit irgendeinem Raum des Gemeindezentrums, der in ebenso wichtiger Funktion dem Gemeindeleben dient. Und weil er nicht mehr das allgemein begangene Zentrum ist – das zeigt der heutige Kirchenbesuch –, so muß er auch nicht mehr auf maximale Frequenzen, wie sie vielleicht zweimal im Jahr auftreten, dimensioniert sein. Wir in unseren städtischen Verhältnissen sind ja in dieser Beziehung ausgezeichnet dran; wir haben für «Großanlässe» unsere großen Kirchen. Wenn wir neu bauen, so brauchen wir keine großen, sondern kleine Einheiten, viele kleine, richtig plazierte Einheiten für den durchschnittlichen Kirchenbesuch. Diese Kleinkirchen sollen offen sein, weit offen, auch für den Einzelnen im Alltag. Sie entsprechen meines Erachtens einem Bedürfnis. Und wenn man an eine unterschiedliche Größenordnung der Einheiten denkt, so wird dies die Frage nach der Gemeindestruktur aufwerfen.

Wir haben in der Stadt weitgehend das

Dorfbild überkommen; jedem Quartier sein alles umfassendes und nach der Bevölkerungszahl ausgerichtetes Gemeindezentrum, wie es die Dorfgemeinde besitzt. An der Spitze der Dorfgemeinde steht der Pfarrer, der das Gemeindeleben lenkt und alle seine Schafe kennt. So glaubt man, sei es auch für die Stadtgemeinde richtig. Stellen wir aber nicht in der zur Großstadt wachsenden Agglomeration einen Verlust der Einheit fest, wie sie eine Dorfgemeinde immer noch prägt? Die Bevölkerung ist zusammengewürfelt und nur zu einem geringen Teil mit ihrem Wohnort verwachsen. Sie ist fluktuierend, die Leute wandern, die Arbeitsplätze liegen weit entfernt. Die Menschen verlieren ihre geographisch bedingten Beziehungen zueinander und finden ihresgleichen in ganz anderen Quartieren. Die Distanzen spielen keine Rolle mehr. Sind damit nicht viele Voraussetzungen zu einem Gemeindeaufbau innerhalb des Stadtquartiers verlorengegangen? Ist nicht auch von dieser Seite her die Schrumpfung der aktiven Kirchengemeinde zu einer kleinen Kerngemeinde, die in keiner Weise mehr die Bevölkerung des Quartiers repräsentieren kann, verständlich? Ob es vielleicht nicht mehr ganz sinnvoll ist, quartierweise nebeneinander Gemeindezentren zu bauen, die alle mit allem Drum und Dran voll «bestückt» sind und dabei nur noch auf Halbtouren laufen?

Wenn ich mich auch absolut nicht dazu berufen fühle, eine neue Kirchenstruktur vorzuschlagen, so wage ich doch die Behauptung, die Kirche könnte besser wirken, wenn sie sich in Richtung einer Spezialisierung entwickeln würde. Von kleinen Kirchenräumen als Zellen der Verkündigung und von großen Stadtkirchen für Festtage und für die gewaltigen Prediger habe ich schon gesprochen. Ebenso gut könnte auch *hier* das Fernsehprogramm der Kirche geboten, *dort* der Elternzirkel und wieder anderswo der Brautleuterkurs usw. abgehalten werden. Dies nun nicht mehr nach Gemeindegrenzen abgesteckt, sondern irgendwo, je nach dem günstigsten Angebot an Lokalen, je nach der Eignung der entsprechenden Leiter. Und letzteres besagt, daß auch die Pfarrer und Leiter je nach ihrer besonderen Begabung spezialisiert eingesetzt werden müßten. Wie schon gesagt, füllt der gewaltige Prediger das Münster, dem andern ist der Kontakt mit der Jugend besonders gelegen, der dritte ist ein ausgezeichnete Pädagoge, wieder ein anderer zeichnet sich als Psychologe besonders aus, usw.

Auf diese Weise könnte ich mir ein viel gezielteres und sichereres Wirken der Kirche vorstellen. Und damit bin ich vom Baulichen wieder bei der «Kirche von morgen» angelangt; und wenn es im Ar-

tikel heißt, daß die heute institutionalisierten Strukturen und Leitbilder einer vergangenen Zeit nicht zusammenpassen mit der tatsächlichen Lage unserer Volkskirche im Rahmen der modernen Industriegesellschaft, so möchte ich dies nicht für den Kirchenbau verstanden wissen, sondern in allererster Linie für die Kirche als Kirche. Der Kirchenbau wird sich in der Folge danach richten. Er ist letztlich nur Ausdruck eines gemeinschaftlichen Willens. Georges Weber

Orts- und Regionalplanung

Offenes Planerhaus

Vom 20. bis zum 23. Februar konnte das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung in Zürich besichtigt werden.

Planen, Landesplanung betreiben, heißt unter den gegenwärtigen Umständen in weitem Maße auch: Herstellen von Transparenz, also Information. Getreu dieser Erkenntnis, stellte sich während dreier Tage das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung selber als transparentes Haus dar: man konnte eintreten, die aufgehängten Arbeiten anschauen und die dabeistehenden Sachbearbeiter befragen oder in lange Gespräche verwickeln. Das war eine moderne und zugleich sympathische Form von Public Relations!

Aus der Fülle dessen, was da an den Wänden aufgehängt und in Schriften ausgelegt war, nur einige Brocken: Da waren die Vorbereitungen zum «Leitbild» – das «Leitbild» sind Arbeiten zur Gewinnung von Vorstellungen möglicher planerischer Organisationen der künftigen Schweiz. Vorerst sieht man ein gewaltiges Organigramm: es werden Leitbilder für einzelne Sektoren – Landwirtschaft, Verkehr usw. – erarbeitet, sodann untereinander und in bezug auf übergeordnete Vorstellungen widerspruchsfrei gemacht und dann zu komplexen Richtlinienpaketen zusammengefügt; ein von breiten Informationsströmen und Feed-Backs durchzogener Prozeß.

Da sind Arbeiten über eine planerische Einteilung der Schweiz: Versuche vorerst, angefüllt mit föderalistischem und zentralistischem Sprengstoff, der aber bei so offener Darlegung wirkungslos verpufft. «Prioritätszonen» – Zonen mit dringlichem Nachholbedarf an Planung – wurden anhand von Wachstumsfaktoren ermittelt; mögliche Regionen anhand von Einflußfaktoren und Pendlerströmen. Dabei wurden auch, was bei einem in Zürich lokalisierten Institut nicht selbstver-

ständig ist, die drei grenzüberschreitenden Regionen Basel, Genf und Tessin registriert.

Auf diese generellen Arbeiten folgten spezielle Gutachten: zur «Infrastruktur» der Schweiz, eine «Industriestandort»-Studie, einzelne kantonale oder regionale Planungen, eine Studie zur Straßenplanung, die alternative Vorschläge bezüglich ihrer laufenden Kosten und Vorteile vergleichbar macht – anstelle des in der Politik üblichen Vergleichens von Investitionskosten. Auf die Frage allerdings, ob auch volkswirtschaftlicher Nutzen oder Schaden einbezogen sei, wurde heftig abgewinkt.

Technokratischer Nachwuchs mit Deux-Chevaux brachte den interessierten Besucher vom Mutterhaus, Leonhardstraße 27, zum Satelliten, Weinbergstraße 98. Dort sind neben einigen Studiengruppen vor allem die beiden Ausbildungswege des ORL-Institutes beheimatet. Es handelt sich um den Planerkurs und das Post-Graduate-Studium. Der Planerkurs ist gedacht für berufstätige Planer, Architekten, Ingenieure als Fortbildung und Horizonterweiterung und vollzieht sich in zwei Stufen: Ortsplanung, Regionalplanung. Beide Stufen werden in nebenberuflicher Arbeit von je zirka einem Monat pro Jahr nebst etlichen Hausaufgaben absolviert. Über das Post-Graduate-Studium haben wir berichtet (WERK 7/1967, S. 445); sein für den Besucher faszinierendster Teil ist der Gaming-Simulation-Kurs (WERK 9/1967, S. 581) mit dem auf ein Schachbrett zusammengerafften Stadtentwicklungsmodell.

L. B.

Bauforschung

Losinger-Stiftung

Eine Stiftung zur Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten auf dem Gebiet des Bauwesens

Die Losinger-Stiftung verfolgt den Zweck, in möglichst umfassender Weise die Erbringung wissenschaftlicher Leistungen auf dem gesamten Gebiet des Bauwesens zu fördern und nach den gegebenen Möglichkeiten finanziell zu unterstützen.

Die Zweckbestimmung soll so extensiv ausgelegt werden, daß in bezug auf die zu bearbeitenden Sachgebiete der denkbar größte Spielraum gewährleistet ist. So soll unter den Zweck nicht nur die Förderung spezifisch bautechnisch verwertbarer Arbeiten und Studien fallen, sondern beispielsweise auch die Unter-

stützung wertvoller chemischer, physikalischer, volkswirtschaftlicher und juristischer Tätigkeit, die in einem weiteren Zusammenhang mit dem Bauwesen steht. Die Stiftung kann auch Beiträge an die Drucklegung von Fachliteratur leisten, zweckgerichtete Kurse und Praktika mit finanziellen Zuschüssen bedienen usw. Inwiefern das Thema noch unter dem weiten Begriff «Bauwesen» Platz oder schon im Gebiet der Architektur beheimatet ist, wird der Stiftungsrat von Fall zu Fall entscheiden.

Auch der Kreis der Destinatäre ist weit gesteckt. Neben den Lehrern und Studenten der Hochschulen und Technika können andere Personen in den Genuß der Stiftungsleistungen kommen, deren Tätigkeit im Sinne des Stiftungszweckes als unterstützungswürdig erscheint. Es steht dem Stiftungsrat frei, nicht nur an natürliche Personen, sondern auch an Einrichtungen (zum Beispiel Institute an Hochschulen) oder an Personenzusammenschlüsse zu gemeinsamer Forschung Zuwendungen zu machen.

Die zu erbringenden Leistungen werden je nach den Voraussetzungen und Bedürfnissen in verschiedenen Formen ausgerichtet. Es sind denkbar die Gewährung von Zuschüssen zur Verbesserung der Lebenshaltung, der Zuspruch von Stipendien zur Deckung der Studienkosten, die Leistung von Beiträgen an die Kosten für zweckgerichtete Spezialstudien, Forschungen, Versuche und Kurse, die Ausrichtung von Beiträgen an die Kosten der Drucklegung einschlägiger Arbeiten. Damit ist aber die Aufzählung nicht abschließend.

Dem Stiftungszweck wurde eine vorläufig erste Zuwendung von Fr. 100000.– gewidmet. Das Vermögen wird künftig durch weitere freiwillige Zuwendungen der Stifterin oder Dritter und die Kapitalerträge geäußert. Die Verwaltung des Stiftungsvermögens erfolgt durch den Stiftungsrat, dem gegenwärtig die folgenden Mitglieder angehören: Vinzenz Losinger, Präsident; Jean-Pierre Stucky, Vizepräsident; Fritz Berger; Jean-Jacques Broccard; Hans W. Friedli; Rudolf Schulthess; Prof. Dr. Bruno Thürliemann.

Es liegt im freien Ermessen des Stiftungsrats, unter mehreren Gesuchen die Wahl zu treffen, ohne daß die Ablehnung gegenüber einzelnen Gesuchstellern begründet werden muß. Im zustimmenden Entscheid äußert sich der Stiftungsrat zur Dauer und Höhe der auszurichtenden Leistungen und zu allfälligen Bedingungen. Er kann seinen Entscheid vom Ergebnis einer persönlichen Aussprache abhängig machen. Die als unterstützungswürdig befundene Arbeit kann der Stiftungsrat an alle ihm gutschneidenden Auflagen und Bedingungen knüpfen. Er